

## Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956

1956 rief die SED zur offensiven Bekämpfung der Republikflucht auf. Sie sammelte Vorschläge aller staatlichen Organe, um die "Abstimmung mit den Füßen" unter Kontrolle zu bekommen.

Viele Menschen sahen in den 50er Jahren auf Grund der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in der DDR keine Perspektive. Allein 1953 flohen nach Informationen des MfS über 270.000 Bürger in den Westen. Diese sogenannte "Abstimmung mit den Füßen" wurde zunehmend zu einem Problem, kehrten doch gerade viele junge Leute der DDR den Rücken. 1956 rief die SED zur offensiven Bekämpfung der Republikflucht auf. Das Zentralkomitee versammelte alle staatlichen Organe, um über Vorschläge zur Verhinderung der Republikflucht zu beraten. Als Schild und Schwert der Partei sollte die Stasi dabei eine Schlüsselrolle einnehmen. Das vorliegende Dokument ist die Aufstellung aller Vorschläge der verschiedenen staatlichen Stellen, die in Kopie auch dem MfS zuging und so in die Stasi-Unterlagen gelangte.

---

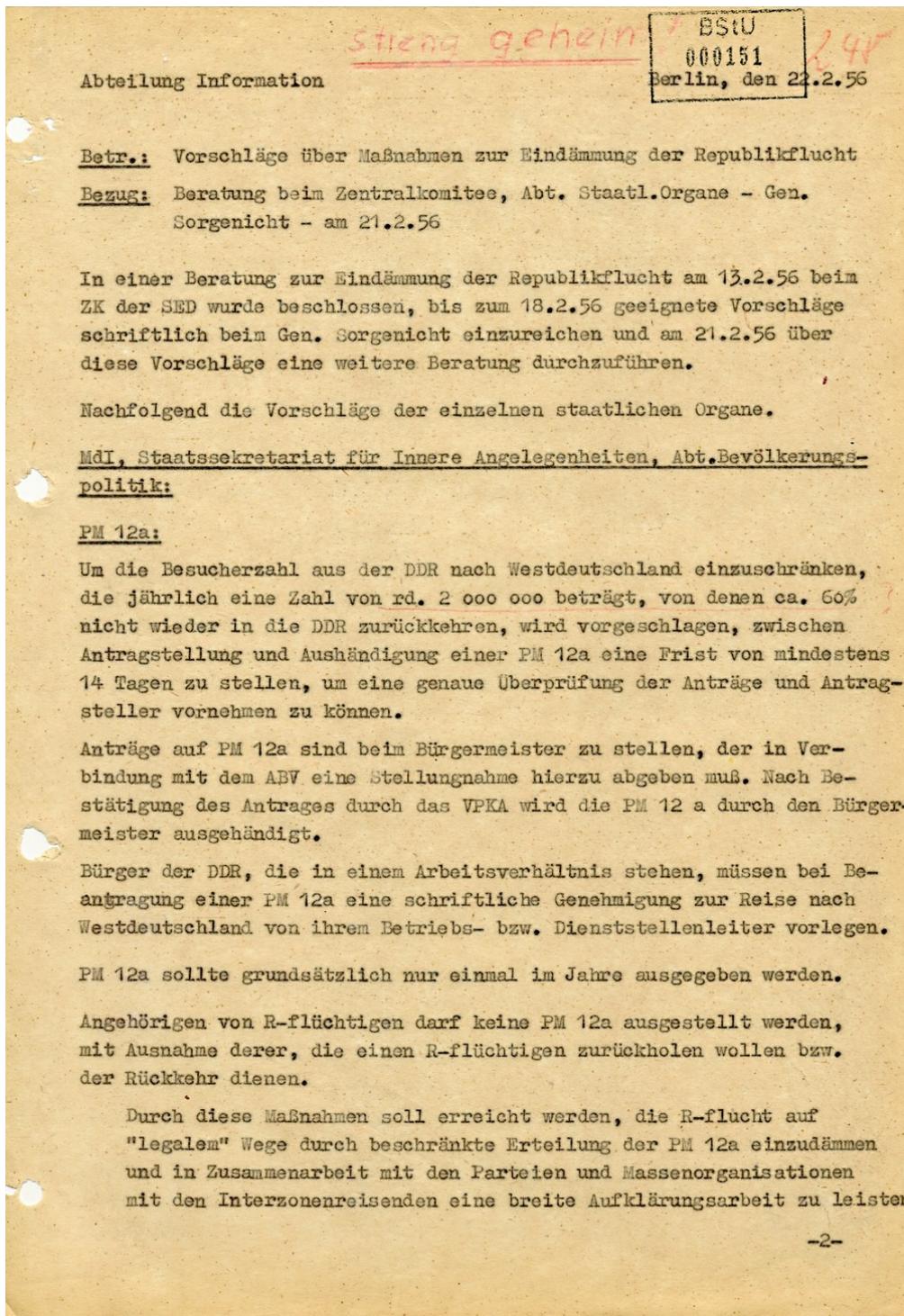
**Signatur:** BArch, MfS, AS, Nr. 109/65, Bd. 10, Bl. 151-159

---

### Metadaten

Diensteinheit: Abteilung Information Datum: 22.2.1956

## Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956



## Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956

- 2 -

BStU  
000152

Mit PM 12a Abgewanderte gelten erst nach 3 Monaten als R-flüchtig, dadurch ergeben s die monatlichen statistischen Zahlen kein reales Bild.

Es wird deshalb vorgeschlagen, die Betriebe zu verpflichten, unmittelbar nach Urlaubsablauf solche Personen zu melden, die unbegründet ferngeblieben sind. Dabei ist sofort zu ermitteln, ob es sich um "illegale" Abwanderung handelt.

### Lebensmittelkartenausgabe:

Interzonenreisende aus der DDR werden von westdeutschen Behörden durch Ausgabe von Rückfahrkarten und finanzielle Hilfe und Unterstützung in immer stärkerem Maße korrumptiert. Hingegen erhalten Besucher aus Westdeutschland in der DDR keine Lebensmittelkarten und sind deshalb angewiesen, ihren Unterhalt aus der HO zu bestreiten. Es wird vorgeschlagen, an "werkaktige" Besucher, die eine positive Haltung zeigen, für die Dauer ihres Aufenthaltes in der DDR Lebensmittelkarten auszugeben.

Bisher erhalten Reisen nach Westdeutschland ihre Lebensmittelkarten für den laufenden Monat und werden somit begünstigt.

Reisende aus der DDR nach Westdeutschland müssen sich deshalb "lebensmittelkartenmäßig" abmelden und erhalten erst mit dem Tage ihrer Rückkehr wieder Lebensmittelkarten.

1. Durch diese Maßnahme erhalten auch die örtlichen Organe von Fahrten nach Westdeutschland Kenntnis und können die politische Arbeit mit diesen Personen verstärken.
2. Bei dem derzeitigen Stand des Besucherverkehrs würden mengenmäßig weniger Lebensmittel auf Karten bezogen als bisher.

### Aufenthaltsgenehmigung für die DDR:

Während bisher eine Einschränkung in dieser Form nicht besteht, wird vorgeschlagen, Aufenthaltsgenehmigungen nur in beschränktem Maße zu erteilen, nachdem der Antragsteller überprüft wurde.

Durch diese Maßnahme soll Feinden und Abwerbern die Einreise in die DDR erschwert bzw. unmöglich gemacht werden.

### Urlaubsreisen für Studenten und Intelligenzler:

Auf Grund der Tatsache, daß jährlich zehntausende von Studenten ihren Urlaub in Westdeutschland verbringen, ist anzustreben, mit den

-3-

## Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956

- 3 -

BStU  
000153 249

volksdemokratischen Ländern konkrete Vereinbarungen über die Möglichkeiten von Ferienaufenthalt, bzw. Urlaubs austausch zu treffen. Desgleichen trifft für Angehörige der Intelligenz und für künstlerisches Personal von Theatern zu. (70% der Künstler verbringen jährlich über in Westdeutschland ihren Urlaub im kapitalistischen Ausland.)

Tagungen und wissenschaftliche Konferenzen in Westdeutschland:

Es ist erwiesen, daß ein Teil der Intelligenzler republikflüchtig wird, nachdem sie an Tagungen und Konferenzen in Westdeutschland teilgenommen haben. Deshalb sind Tagungen und wissenschaftliche Konferenzen in verstärktem Maße in der DDR zu organisieren. Die Bestätigung zur Teilnahme an Tagungen in Westdeutschland sollte nur durch die Minister und Staatssekretäre m.e.G. und die jeweilige Fachabteilung des Zentralkomitees der SED vorgenommen werden.

Zurückgelassenes Eigentum:

1. Zurückgelassenes Eigentum ist sofort sicherzustellen.
2. Schenkungsurkunden sind nicht anzuerkennen, sondern gegen diese Personen ist ein Verfahren gegen Beihilfe zur Republikflucht einzuleiten.
3. Nach 3 Monaten sollte das Vermögen in Eigentum des Staates übergehen.

Auswirkung:

Ein Teil der Abwanderer wird sich überlegen, alles im Stich zu lassen. Zurückgebliebene Bürger würden sich nichts mehr schenken lassen und außerdem ist eine Frist zur Rückkehr gesetzt.

Wohnraum und Kredite für Rückkehrer:

Unsere Werktätigen haben kein Verständnis für die Gewährung von Krediten und anderer großzügiger Hilfe und Unterstützung an Rückkehrer durch die staatl. Organe, da vielfach von der Meinung Gebrauch gemacht wird, daß man erst R-flüchtig werden muß, um Wohnung und Hilfe zu bekommen.

Es wird vorgeschlagen, Rückkehrern nur nach gründlicher Überprüfung und nur in Ausnahmefällen Kredite zu gewähren. Wohnungen von R-flüchtigen sind nach einer Frist von 2 Monaten an bewährte Arbeiter und andere Werktätige zu vergeben. Erfolgt eine Rückkehr nach Ablauf dieser Frist, so wird der Rückkehrer als Wohnungs-

-4-

## Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956

- 4 -

BStU  
000154

150

suchender behandelt und hat mit vorläufiger Unterbringung zu rechnen. Durch Umbelegung freigewordene schlechte Wohnungen sind Rückkehrern zur Verfügung zu stellen.

Durch diese Maßnahmen hätten Republikflüchtige keine Rückversicherung mehr für eine evtl. Rückkehr, falls sich ihre Erwartungen in Westdeutschland nicht erfüllen und würden demzufolge diesen Schritt reiflich überlegen. Außerdem werden dadurch die Forderungen unserer Werktätigen gerechtfertigt. Weiterhin würden negative Argumentationen zerschlagen und Republikfluchten unter den Motiven, dadurch in den Genuss einer Wohnung zu kommen, ausgeschlossen.

### Arbeitskräftelenkung:

Durch Ausschöpfung aller verfügbaren Reserven an Arbeitsplätzen soll die Zahl der Schulabgänger verringert werden, die ohne Lehrstelle bzw. Arbeitsplatz sind und aus diesem Grunde abwandern. Schwerpunkte bilden hierbei die Land- und Forstwirtschaft, wo besonders Voraussetzungen zur Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen sind.

### Intelligenz:

Die Minister sollten persönlich dafür verantwortlich gemacht werden, daß Intelligenzler innerhalb 4 Wochen nach Eingang der Bewerbung einen annehmbaren Arbeitsplatz erhalten, wenn es sein muß, auch über den Rahmen des Arbeitskräfteplanes hinaus.

Das Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung sollte in Presse und Fachzeitschriften den vorausgeplanten Arbeitskräftebedarf - besonders an Spezialisten - popularisieren, um den Fachkräften einen Überblick und eine Perspektive zu geben.

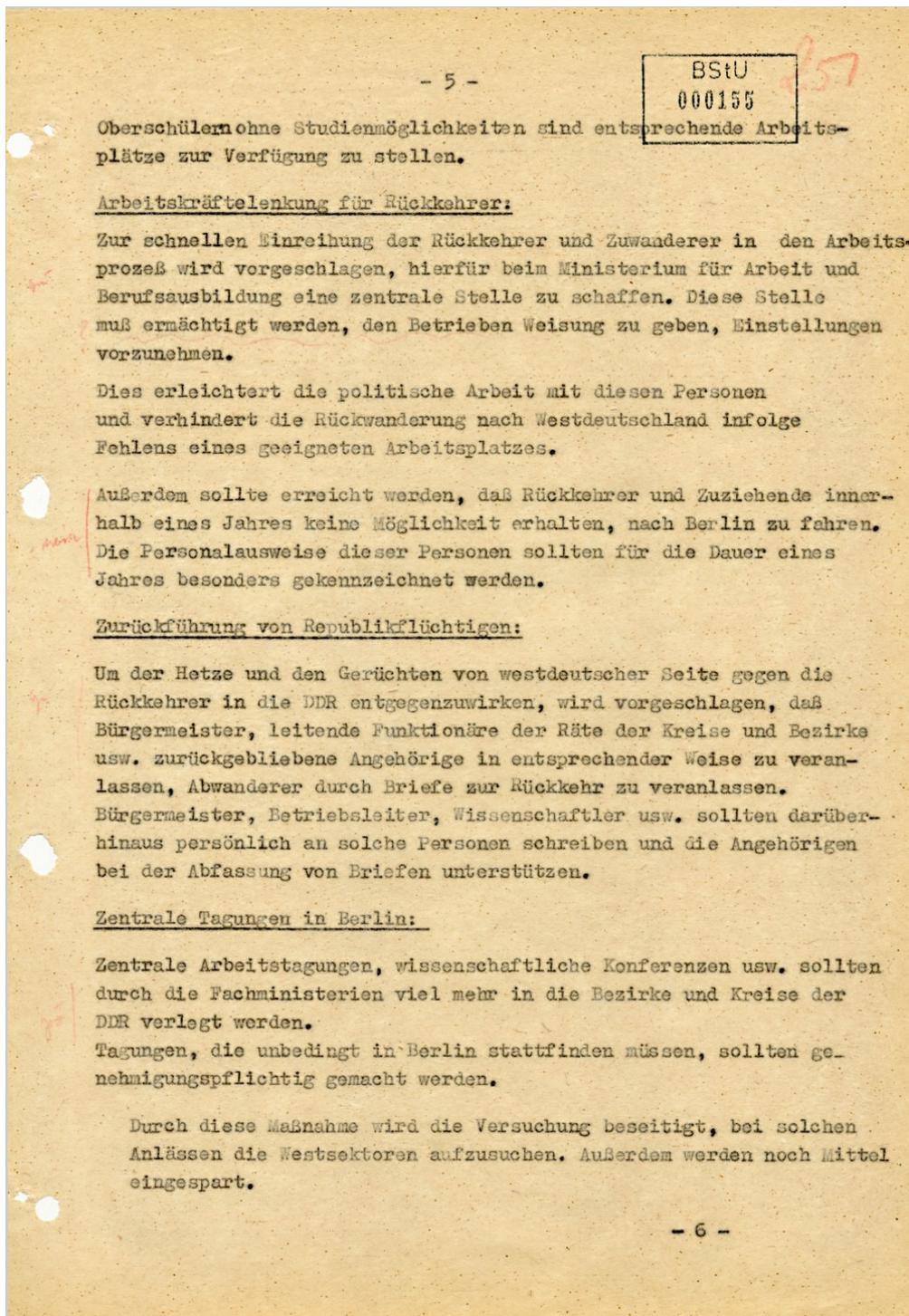
### Zulassung von Oberschülern zum Studium:

Hierzu wird vorgeschlagen, die Kapazitäten der Hoch- und Fachschulen konkreter abzustimmen und zu popularisieren, für welche Berufe das Abitur erforderlich ist.

Da unsere Kapazitäten nicht ausreichen, um alle Bewerber zum Studium zuzulassen, sind Vereinbarungen mit den Volksdemokratien zur Bereitstellung von Studienplätzen zu treffen, um zu verhindern, daß Jugendliche in Westdeutschland studieren oder deshalb abwandern.

-5-

## Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956



**Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956**

- 6 -

BStU

000156

Delegationen aus- und nach Westdeutschland:

Um Ordnung in den Delegationsverkehr zu bringen und um die Sicherheit zu gewährleisten, daß gleichzeitig auch politische Erfolge erzielt werden, sollten die Bezirksleitungen mit den Landes- und Kreisleitungen der KPD entsprechende Vereinbarungen treffen.

Durch Verbindungen zwischen den Parteileitungen auf Bezirks- bzw. Kreisebene würden die Hauptfragen der Sicherheit und Koordinierung weitestgehend gelöst.

Die Abteilung Staatliche Organe beim ZK der SED sollte eine Beratung mit allen verantwortlichen Genossen für gesamtdeutsche Arbeit beim Nationalrat, den Massenorganisationen und den zentralen staatlichen Dienststellen durchführen, um eine Koordinierung auf dem Gebiet der Delegationen und eine wirkungsvollere Zusammenarbeit zu erreichen.

Diese Maßnahme soll die Tatsache ausschließen, daß bisher in den Bezirken und Kreisen keinerlei Übersicht über den Empfang und die Entsendung von Delegationen von und nach Westdeutschland besteht.

Dadurch besteht die Möglichkeit, daß Spione, Agenten und Abwerber mit den Delegationen in die DDR gelangen. Diese Maßnahme würde dem Klassenfeind die Arbeit erschweren und die politische Wirksamkeit des Delegationsaustausches wird größer und trägt stärker zur Auslösung von Massenaktionen bei.

Deutsche Grenzpolizei:

Der Gen. Oberst Stock schlug zur Verhinderung der Republikflucht eine breite Aufklärungsarbeit durch Partei, Massenorganisation sowie eine eingehende Überprüfung aller Antragsteller für Passierscheine zur Einreise in das Sperrgebiet durch die Deutsche Grenzpolizei, durch vorhandene Kräfte und Mittel unter Hinzuziehung von Grenzpolizeihelfern, Partei, Massenorganisationen, bessere Überwachung der Verkehrsrinnen, die zu den Grenzen und in das Sperrgebiet führen.

Stärkere Kontrolle auf den Bahnhöfen, in und um das Sperrgebiet, Blitzfahndungen durch die VP an die Deutsche Grenzpolizei, nach Personen, von denen bekannt wird, daß sie mit einer PM 12 a nach Westberlin gefahren sind, um von dort aus mit "Westausweisen" versehen auf dem Transitweg nach Westdeutschland fahren wollen. In solchen Fällen soll durch Festnahme an der Grenze die Republikflucht verhindert werden.

-7-

## Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956

BStU

000157

253

- 7 -

Des weiteren wurde eine Verlängerung der Kontrollzeiten auf Bahnhöfen des Ringes um Berlin beantragt: Diese müssen mindestens 10 - 15 Minuten betragen, um eine Kontrolle zu gewährleisten. (Bisher 5 - 8 Minuten)

Besetzung aller KPP des Ringes um Berlin mit Angehörigen des AZKW, um Republikflüchtige noch vor Erreichen Berlins durch Warenkontrolle zu erkennen.

Stärkere Kontrollen der VP an den inneren Sektorengrenzen von Berlin. (U- und S-Bahn, Straßen usw.)

### Gen. Krüger : (MdI)

Der Gen. Krüger schlug vor, die Personalausweise von Bürgern der DDR kenntlich zu machen, daß diese zum Betreten Berlins nicht berechtigen. Für Berlin müsse Sonderregelung in Form von Passierscheinen geschaffen werden.

### Ministerium für Verkehr:

Beschränkung des Reiseverkehrs nach Berlin:  
Einzelreisende nach Berlin oder in die Randgebiete im Umkreis von 30 km zur Stadtgrenze bedürfen einer Bescheinigung des zuständigen VP-Reviers ihres Heimatortes. Nur gegen Vorlage dieser Bescheinigung darf eine Fahrkarte ausgegeben werden. Freifahrtscheine nach Berlin und Westdeutschland werden ebenfalls nur gegen Vorlage dieser Bescheinigung ausgegeben. Bürger des demokratischen Sektors von Berlin erhalten Fahrkarten nach der DDR nur gegen Vorlage des Deutschen Personalausweises, ebenso die Rückfahrkarte aus der DDR nach Berlin. nur gegen Vorlage eines ordentlichen Dienstauftrages gelöst werden kann.

Zu diesem Zweck ist im Personalausweis der Stempel "B" anzubringen.

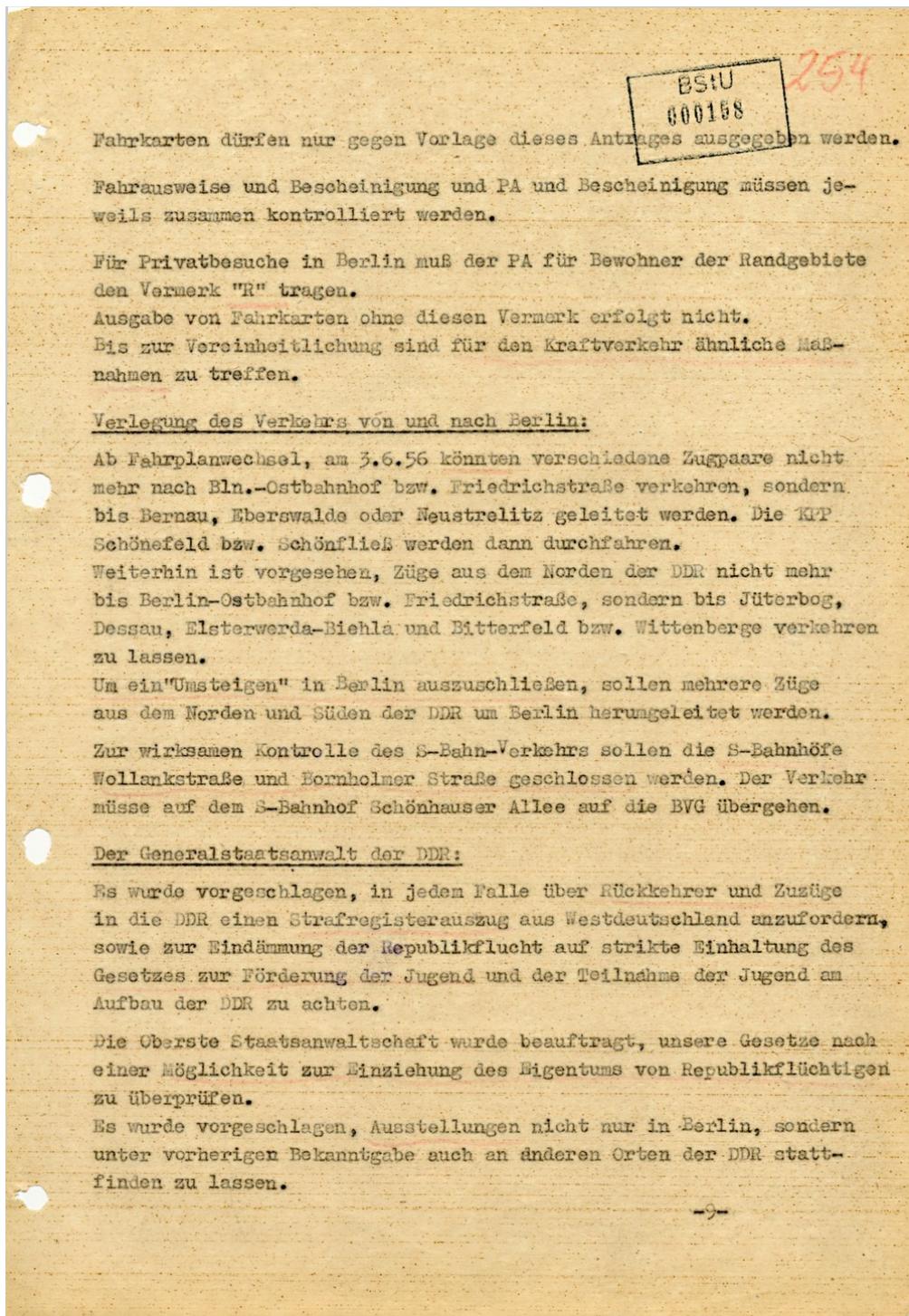
Die bestehenden Richtlinien für Dienstreisen nach Berlin müßten vom MdI überarbeitet werden, so daß eine Fahrkarte nach Berlin nur gegen Vorlage eines ordentlichen Dienstauftrages gelöst werden kann.

Für Gesellschaftsfahrten nach Berlin ist Sondergenehmigung einzuführen. Hierfür ist ein feststehender Vordruck zu entwickeln.

### Berufsverkehr:

Anträge auf Zeitkarten für den Berufsverkehr sind auf 3 Monate zu beschränken und außer vom Betriebs- oder Kaderleiter noch vom BGL-Vorsitzenden u. von der VP-Dienststelle des Heimatortes zu bestät.

## Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956



## Vorschläge über Maßnahmen zur Bekämpfung der Republikflucht von 1956

- 9 -

BStU

000159

155

Platzbeschränkung in Zügen nach und von Berlin durch Ausgabe von Platzkarten und höchstens 100%iger Besetzung, um eine genaue Zugkontrolle zu gewährleisten.

Bei Mitführen von Westwaren, Heftschriften usw., die illegal in die DDR eingeschleust werden sollen, wird ein Vermerk in den PA eingetragen, der nicht mehr zum Betreten Berlin berechtigt.

Für alle im Arbeitsverhältnis stehenden Bürger der DDR müssten Urlaubsscheine ausgegeben werden, auf denen das Reiseziel ersichtlich ist. (Die Ausgabe von Passierscheinen würde diese Maßnahme hinfällig machen).

Grundsätzliches Verbot zum Betreten des Westsektors für alle Mitarbeiter des Staatsapparates unter gleichzeitiger Schaffung von Möglichkeiten (Omnibus) ohne Berühren des Westsektors zur Arbeitsstelle zu gelangen.

### HVDVP:

Die Ein- und Ausreise mit einer Aufenthaltsgenehmigung darf nur über die D-Linie - nicht aber über Westberlin - erfolgen.

Bei zweifelhaften und angefallenen Personen ist die Meldekarre mit einem Vermerk zu versehen "PM 12a - Sperre" oder "PM 12a nicht für Berlin ausstellen".

Verbliebenen Angehörigen ist der PA einzuziehen. Ihnen ist eine PM 12a mit dem Vermerk "für Berlin ungültig" auszustellen.

In der gleichen Weise ist in den Fällen zu verfahren, wo eine beantragte legale Umsiedlung nach dem Westen abgelehnt wurde.

Für Organisationen werden zu Fahrten nach Berlin "Sammelfahrscheine" ausgegeben, diese müssen beim VPKA beantragt werden.